



Silke Gardlo

Silke Gardlo
Fraktionsvorsitzende

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

mit den ersten Vorböten des Frühlings kommt hier der neue Newsletter der SPD-Regionsfraktion Hannover.

Damit möchten wir über unsere Arbeit und über Themen aus der Region Hannover informieren.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen.

Da unser nächster Newsletter erst Ende Mai erscheint, wünschen wir schon jetzt einen schönen Frühlingsanfang und frohe Osterfeiertage.

Wenn Sie Anmerkungen oder Anregungen zur Region Hannover haben, wenden Sie sich gerne an unsere Fraktion:
spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de

Finanzen der Region Hannover: Schuldenabsenkung trotz höherer Investitionen geschafft | Kreditbestand zum Ende des Jahres 2018 um 20 Millionen Euro abgesenkt



Horst Knoke | finanzpolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Angesichts des aktuellen Ergebnisses für das Jahr 2018, wonach die Region Hannover mit einem Plus von knapp 28 Millionen Euro abschließt, stellt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Regionsfraktion, Horst Knoke, fest:

Wir sind weiter auf dem korrekten Weg, denn nach wie vor fühlen wir uns der nachhaltigen Konsolidierung des Regionshaushaltes verpflichtet, und das bedeutet -so wie mit unserem Koalitionspartner vertraglich vereinbart- die eingeleitete Konsolidierung des Regionshaushaltes weiter zu entwickeln und die Investitionstätigkeit in wichtige Zukunftsthemen zu stärken“.

Im Klartext bedeute dies, dass die Kredite weiter heruntergefahren werden konnten, so dass am Jahresende 2018 der Schuldenstand der Region Hannover auf ca. 656

Millionen Euro abgesenkt werden konnte, gut 20 Millionen Euro weniger als ein Jahr zuvor, „und das ist besonders erfreulich vor dem Hintergrund, dass wir die Investitionen erhöht haben“, ergänzt Silke Gardlo, die SPD-Fraktionsvorsitzende.

„Uns ist sehr wohl gewahr, und dem Anspruch fühlen wir uns auch verpflichtet, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf das grundsätzliche Finanzgebaren ihrer Region Hannover ohne Wenn und Aber verlassen können“, erklären beide übereinstimmend.



Die S
wüns
Mitb
anfan



Aus der Regionsversammlung: Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Hannover, Elke Zach, zum Grundsatzbeschluss Teilneubau am KRH Klinikum Lehrte



Elke Zach | Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

Wir haben mit den zuletzt beschlossenen Drucksachen auf die Zukunftsfähigkeit des Klinikums gesetzt. Und auch mit der jetzt zu beschließenden Drucksache führen wir das Krankenhaus in Lehrte in eine gute Zukunft.

All denen, die in den letzten Wochen und Monaten noch geunkt und negative Äußerungen zum Erhalt

des Klinikstandortes ausgeführt haben, bleibt nun wohl nichts anderes übrig, als zuzugeben, dass es reine rhetorische Panikmache war.

Das Versorgungskonzept im Osten der Region – beruhend auf den Planungen der Medizinstrategie – wird mit dem Beschluss so ausgeführt.

Großburgwedel bekommt einen Neubau. Lehrte wird mit dem Schwerpunkt der Altersmedizin zukunftsfähig ausgebaut. Dies ist ein wichtiges Zeichen, auch für die Beschäftigten im Krankenhaus Lehrte.

Dafür ist die Politik im Schulterschluss mit der Verwaltung bereit Geld in die Hand zu nehmen. Das ist gut so und es sei nochmals gesagt: wer uns in der Vergangenheit zuge-

hört hat, der wusste, dass wir als SPD immer für den Erhalt und den zukunftsfähigen Ausbau des Krankenhauses in Lehrte waren und dafür auch bereit waren und sind, Geld zur Verfügung zu stellen.

Im Ausschuss Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit ist diese Drucksache einstimmig angenommen worden. Mich persönlich hat das sehr gefreut und es zeigt die Wichtigkeit des Klinikums Region Hannover.

Das Klinikum ist ein wichtiger Faktor in der Region, und uns als Politikerinnen und Politiker in der Region Hannover sollte bewusst sein, dass wir auch weiterhin das Klinikum in der Trägerschaft der Region halten müssen. Dazu gehört die Zukunftsfähigkeit in allen Bereichen. Und dazu gehört auch, dass wir gute Ideen nicht zerreden, sondern einig hinter dem Klinikum stehen und es nicht für unsere politische Argumentation herhalten muss. Dafür ist es mir zu schade und zu wichtig.

Regionsversammlung am 26. Februar gibt Geld für Klinikum frei

17 Millionen Euro für Anbau zugesagt

Die Regionsversammlung in Hannover hat einem Anbau für das Krankenhaus Lehrte einstimmig zugestimmt. Dafür stellt die Region die nötigen 17 Millionen Euro zur Verfügung.

Zukunft für Krankenhaus Lehrte steht nicht in Frage

Im Zuge der Informationsveranstaltung im Lehrter Kurt-Hirschfeld-Forum am 16. Januar 2019 zur Weiterentwicklung des KRH Klinikum Lehrte, machte Regionspräsident und

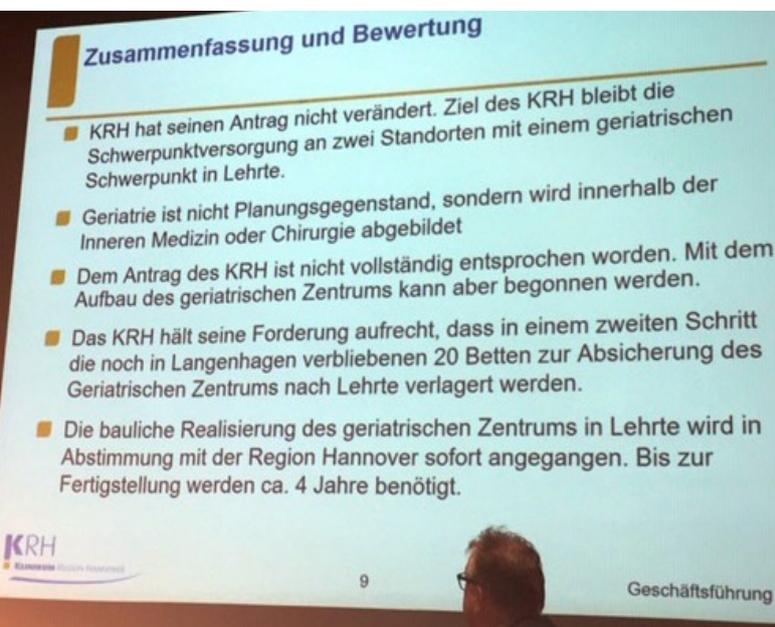
KRH-Aufsichtsratsvorsitzender Hauke Jagau nochmals eindeutig klar, dass der Bestand und die Zukunft des Lehrter Krankenhauses gesichert ist.

Politische Rückendeckung erhielt der Regionspräsident von der SPD-Fraktionsvorsitzenden Silke Gardlo („Wir werden an Lehrtes Seite stehen.“), und auch der CDU-Fraktionsvorsitzende sicherte seine Unterstützung zu.

Krankenhauses als ein so genanntes Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung gewährleistet.

Lehrtes Bürgermeister, Klaus Sidortschuk, (SPD), stellte am Ende des Infoabends folgerichtig fest, dass nunmehr zwei wichtige Erkenntnisse vorliegen: Das Lehrter Krankenhaus bleibt als Standort der Grund- und Regelversorgung erhalten – also unter anderem mit Notfallaufnahme, Innerer Medizin und Chirurgie. Und das Geld für diese Erweiterung stammt aus dem Haushalt der Region.

Es wurde festgestellt, dass seitens des Klinikums die Beschlüsse des zuständigen Ministeriums und des Krankenhausplanungsausschusses so umgesetzt werden, dass in Lehrte die Grund- und Regelversorgung mit dem zusätzlichen Schwerpunkt der Altersmedizin nachhaltig gesichert werden kann. Damit ist der Erhalt des Lehrter



Aus der Regionsversammlung: Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion Hannover, Rudolf Alker, zum Antrag von SPD und CDU | Kein Pranger für Lehrkräfte



Rudolf Alker | stellv. Vorsitzender der SPD-Regionsfraktion

Worum geht es?

Schüler und Eltern werden auf einem AfD-Portal aufgefordert, Namen von Lehrkräften zu melden, die sich im Unterricht zur AfD äußern und dabei (angeblich) ihre politische Neutralitätspflicht verletzen. Die AfD sichert Vertraulichkeit zu und bietet an, die gemeldeten Lehrkräfte „bei begründetem Anfangsverdacht“ namentlich an die Schulbehörde „zur Überprüfung“ weiterzuleiten.

Die AfD erwartet dabei die Übermittlung der Telefonnummer und E-Mail-Adresse des meldenden Schülers bzw. Elternteils – eine Anforderung, der Sie selbst, meine acht Herren von der AfD-Fraktion hier im Hause, nicht nachkommen. Bis auf einen kann man Sie grundsätzlich nur per E-Mail kontaktieren – mehr lassen Sie selbst nicht zu. Warum? Welche Befürchtungen haben Sie?

Es handelt sich um ein Portal, in dem man sich anonym eintragen und Lehrkräfte ungeprüft beschuldigen kann.

„Meldungen“ an solch ein Portal einer rechten Gruppierung – ob man sie nun als „Denunziation“ oder „Pranger“ bezeichnet – sind mit den schulrechtlichen Grundregeln der gegenseitigen Rücksichtnahme und Achtung nicht vereinbar. Sie verhindern Vertrauensbildung, die kritische und offene Auseinandersetzung und säen Misstrauen, wo gemeinsames Lernen und Diskutieren gewünscht wäre.

So etwas ist dazu geeignet, als Hetzportal gegen Lehrkräfte zu fungieren.

Dagegen müssen wir uns verwahren!

Natürlich müssen sich Schüler und Eltern beschweren können, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt fühlen. Das ist auch unstrittig. Dazu gibt es in der Schule Klassenlehrer und -lehrerinnen, Schulleitung und für die Schüler die vom Schülerrat gewählte SV-Beratungslehrer/in – im allgemeinen Sprachgebrauch Vertrauenslehrkraft genannt. Schulbehörde und Kultusministerium sind per Homepage oder Telefon zu erreichen.

Unstreitig ist auch, dass Lehrkräfte im Unterricht parteipolitische Neutralität üben müssen.

Doch: Wer muss hier vor wem geschützt werden?

Rechtsradikales Gedankengut, rassistische und antisemitistische Einstellungen finden in den letzten Jahren auch bei uns wieder zunehmend Gehör.

Nazi-Schmierereien, T-Shirts mit rechtsextremen Symbolen, ein Hitlergruß beim Schulausflug, diskriminierende oder rassistische Schimpfwörter in der Pause, rechtsradikale menschenverachtende Seiten beim Surfen im Internet, beim Abhören von „Rechtsrock-Musik“, bei gewaltorientierten Video- und Computerspielen – oft werden rechtsextreme Ideologieelemente in die Schule hineingetragen. Die Zunahme von rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen ist wieder zu einem allgemeinen Phänomen geworden.

Alles Vorgänge, denen man konsequent gegenübertritt und begegnen muss.

Aufmerksame und kritische Lehrerinnen und Lehrer sind dabei ein Schlüssel in der Arbeit gegen rechtes menschenverachtendes Gedankengut an Schulen! Diese sollten wir unterstützen! Bei aller geforderten Sachlichkeit ist das Klassenzimmer kein politisch steriler Raum. Auch unser Schulgesetz verpflichtet die Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler im Sinne der Demokratie, der Durchsetzung der Menschenrechte sowie zu Toleranz und Vorurteilsfreiheit zu erziehen.

Als Schulträger tragen wir Verantwortung für 14 berufsbildende Schulen, in welchen sich jährlich ca. 40.000 Schülerinnen und Schüler in den modern ausgestatteten Lernstätten auf den Berufseinstieg vorbereiten. Dazu kom-

men 16 Förderschulen mit hunderten von Lehrkräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Schulleitungen, die hier von uns als Schulträger eine klare Position erwarten.

Wir setzen uns mit diesem Beschlussvorschlag auch dafür ein, den engagierten Schulleitungen und den Kolleginnen und Kollegen den Rücken zu stärken und sichern zu, Initiativen gegen Rechtsextremismus und rechtes Gedankengut zu unterstützen.

In einem Brief hat sich in diesem Zusammenhang der niedersächsische Kultusminister bezüglich der AfD-Initiative an alle Lehrkräfte gewandt - ich zitiere daraus: „Wenn über die Grundpfeiler unserer Demokratie diskutiert wird, wenn Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Populismus und Fake News die öffentlichen Debatten beherrschen, ist eine Behandlung dieser Themen in der Schule ausdrücklich geboten“, schreibt er.

Wir – SPD und CDU in der Region – halten solch ein Portal für einen Angriff auf Persönlichkeitsrechte der gemeldeten Lehrkräfte. Solch eine Aufforderung zum Denunziantentum erinnert uns an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte. Wegducken hat in Deutschland eine unsägliche Tradition – das darf es nicht geben.

Wehret den Anfängen - überall, auch hier!

Aus der Regionsversammlung: Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Hannover, Cornelia Busch, zur Aktuellen Stunde | 8. März, Internationaler Frauentag Wie setzt die Region geschlechtergerechte Teilhabe in Verwaltung und Politik um?



Cornelia Busch | Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion

Im Juni letzten Jahres wurde die Region Hannover mit dem 1. Platz des Gender Award 2018 für ihre vorbildliche Gleichstellungsarbeit geehrt und von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen damit als „Kommune mit Zukunft“ ausgezeichnet.

Zitat der Jury:

„Die Region Hannover hat es geschafft, eine hervorragende Struktur für Gleichstellungsarbeit in der Region aufzubauen“.

Wenn also die Frage der Aktuellen Stunden lautet: „Wie setzt die Region geschlechtergerechte Teilhabe in Verwaltung und Politik um?“, muss eine Antwort lauten: „Offenbar nicht allzu schlecht!“.

Und, hätten die Antragsteller der Aktuellen Stunde die entsprechende

Pressemitteilung der Region Hannover zur Preisvergabe gelesen, dann hätten sie sich die Frage auch selbst beantworten können.

Hier werden exemplarisch die Maßnahmen, Aktionen, Netzwerke sowie die konkrete Umsetzung in alltäglicher Arbeit der Verwaltung anschaulich beschrieben. Zusammen mit den vielen dort gar nicht genannten Aspekten, ergibt sich ein großes Bündel an gleichstellungspolitischen Herausforderungen, die in der Region Hannover offensichtlich im wahrsten Sinne des Wortes „ausgezeichnet“ erledigt werden.

Um nur einige wenige zu nennen:

- Die **Koordinierungsstelle Frau und Beruf**, die Frauen mit Familie beim beruflichen Wiedereinstieg oder der Neuorientierung unterstützt.
- Das **Forum gegen häusliche Gewalt** als Vernetzung der lokalen Runden Tische gegen Häusliche Gewalt in den Kommunen mit den Frauenhäusern und der BISS-Beratung.
- Das **Aktionsbündnis „Stoppt sexualisierte Gewalt!“** mit der For-

derung gegen Sexismus vorzugehen hat in den vergangenen Jahren mit der Aktion „One Billion Rising“ auf sich aufmerksam gemacht.

- Der **Markt der Möglichkeiten**, bei dem die Frauenberatungsstellen der Region Hannover sich präsentiert haben und
- viele weitere **Veranstaltungen** im Haus der Region zu gleichstellungspolitischen Fragestellungen.
- Der regelmäßig veröffentlichte **Gleichstellungsplan** als Gradmesser und Impulsgeber für Ziele und Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen in der Regionsverwaltung.

Und die Politik?

Wie bei kaum einem anderen Thema unterstützen die politischen Gremien der Region die Verwaltung und das Team Gleichstellung bei ihrer Arbeit.

Bei eigenen Ideen und Impulsen aus der Politik arbeiten die demokratischen Fraktionen fraktionsübergreifend sachlich an den besten Lösungen. So

wurden beispielsweise die Herausforderungen der Hebammen mit Arbeitsbedingungen, Ausbildung und knappen Ressourcen von der Regionspolitik thematisiert und mit der Einrichtung eines Runden Tisches und den darauf folgenden Maßnahmen aktiv begleitet.

In der letzten Zeit wurden neue Wege sowohl bei der Hilfe für von Gewalt betroffenen Frauen, als auch bei den Hilfen für obdachlose Frauen – nach intensiven Beratungen in den politischen Gremien – breit von der Politik in der Region Hannover getragen.

Dies alles sind nur wenige Beispiele, bei denen Verwaltung und Politik in der Region Hannover geschlechtergerechte Teilhabe umsetzen und ohne Zweifel ist in diesem wichtigen Themenfeld noch viel zu tun.

Mit dieser engagierten Verwaltung und uns als engagierten Politikerinnen und Politikern werden wir aber mit aktuellen wie kommenden Herausforderungen weiterhin „ausgezeichnet“ umzugehen wissen.

SPD-Regionsfraktion begrüßt die angekündigte GVH-Tarifreform



Frank Straßburger | Verkehrs-politischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion

Die SPD-Regionsfraktion begrüßt die schon lange geforderte Vereinfachung des Großraum-Verkehr-Hannover (GVH)-Tarifsystems zum 1. Januar. Eine der entscheidenden Veränderungen wird die Angleichung der Tarifzonen für Tageskarten (bisher vier Zonen), Monatskarten und Abo (bisher drei Zonen) sein.

„Künftig haben wir nur noch drei Tarifzonen für alle Fahrkarten, dadurch wird das System überschaubarer und auch nachvollziehbarer“, so Frank Straßburger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Regionsfraktion. Ein weiteres Highlight wird die Einführung der sogenannten Umland-Card sein, diese ist für Nutzerinnen und Nutzer gedacht, die außerhalb des Stadtgebietes von Hannover unterwegs sind. Sie soll für eine Zone nur 35 Euro und für zwei Zonen 50 Euro kosten.

Mit diesem Angebot soll die bisher sehr geringe Nachfrage für Fahrten im Gebiet außerhalb der LHH forciert werden.

„Damit überzeugen wir mit Sicherheit viele Menschen, ihr Auto stehen zu lassen und damit auch

einen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten“, so Frank Straßburger weiter.

Aber auch für die Schülerinnen und Schüler wird es mit der Einführung einer „Ganzjahres-Netzkarte“, die künftig im gesamten GVH-Tarifgebiet gilt und auch in den Sommerferien gültig sein soll, eine deutliche, spürbare Verbesserung geben. Bei einer Umstellung des Systems kommen wir nicht umhin, auch im geringen Umfang Preissteigerungen in Kauf zu nehmen. Das betrifft Kunden, die jetzt Fahrten aus den Zonen „Umland“ oder „Region“ nach „Hannover 2“ unternehmen. Aber überwiegend werden die Preise stabil bleiben (für 61 % der Zeitkartenkunden) oder sogar leicht gesenkt werden können (für 31 % der Zeitkartenkunden).



Silke Gardlo | Vorsitzende der SPD-Regionsfraktion

„Bedenkt man darüber hinaus, dass die Umlandcard deutlich günstiger wird, so ist diese Reform ein wichtiger Meilenstein in der Kundenbindung bzw. Kundengewinnung“, ergänzt die Fraktionsvorsitzende Silke Gardlo.

Aktuelle Informationen zu SuedLink

Die Netzbetreiber TenneT und Transnet-BW haben jetzt ihren Vorschlag veröffentlicht für den konkreten Trassenverlauf des SuedLink-Projektes, das Strom von der Küste bis nach Süddeutschland über insgesamt 700 km transportieren soll.

Damit erklären sie für die Verlegung des Erdkabels die s.g. Westvariante als vorläufigen Vorzugskorridor. Konkret betroffen wären damit in der Region Hannover Neustadt, Garbsen, Seelze, Gehrden, Ronnenberg, Wennigsen und Springe.

Detaillierte Untersuchungen auf Raum- und Umweltverträglichkeit in der letzten Zeit haben ergeben, dass die bis dahin favorisierte östlich von Hannover verlaufende Trasse wohl vom Tisch ist.

Im weiteren Verfahren wird jetzt der Vorschlag bei der Bundesnetzagentur eingereicht. In den nächsten Wochen und Monaten werden die Unterlagen dort geprüft und endgültig entschieden.

Die Bundesnetzagentur bestimmt die Fristen der

öffentlichen Auslegung und die Fristen zur weiteren Beteiligung für alle fünf Abschnitte der Trasse.

Parallel dazu werden TenneT und Transnet-BE bereits in den nächsten Wochen in den betroffenen Kommunen vor Ort Veranstaltungen durchführen, um über die Hintergründe der Entscheidungen zu informieren.

Voraussichtlich Ende 2019 wird dann ein verbindlicher, 1000 Meter breiter Trassenkorridor festste-

hen. Das formale Planfeststellungsverfahren dauert dann noch einmal knapp zwei Jahre.

Mit der Verlegung könnte dann ab Ende 2021 begonnen werden. Verlegt werden bis zu vier Kabelpaare von jeweils etwa acht bis 15 cm Dicke in ca. 1,80 Meter Tiefe in der Erde. Dafür werden Flächen von ungefähr 30 Meter Breite benötigt.

Mit der Fertigstellung der gesamten Strecke ist erst Ende 2025 zu rechnen.

Die deutsche Flugsicherung gefährdet massiv das Erreichen der Klimaschutzziele für die Region Hannover



Karsten Vogel | Sprecher für Regionalplanung u. Naherholung der SPD-Regionsfraktion

Die Deutsche Flugsicherung, ein Privatunternehmen, das sich zu 100% im Besitz des Bundes befindet und dem Bundesverkehrsministerium zugeordnet ist, hat angekündigt, aufgrund massiver Sicherheitsbedenken im Umfeld von Funkfeuern für den Luftverkehr grundsätzlich keine neuen Windenergieanlagen mehr zu genehmigen. Diese Funkfeuer dienen der Navigation im Flugverkehr, wenn eine satellitengestützte Navigation

nicht mehr vorhanden sein sollte.

Betroffen wären in der Region Hannover die geplanten Anlagen im Umkreis von 15 km der Drehfunkfeuer bei Sarstedt sowie Wenden bei Nienburg. Konkret betrifft dies neun Flächen in Neustadt sowie acht Flächen in Laatzen, Sehnde, Springe und Pattensen.

Es wären also nahezu 70 % der Vorranggebiete in der Region davon betroffen und somit die gesteckten Klimaziele deutlich verfehlt.

Wir finden es misslich und absolut nicht nachvollziehbar, dass im Rahmen der Aufstellung des RROP vor drei Jahren keine qualifizierten Stellungnahmen der Flugsicherung zu erhalten waren, wie sie von allen anderen Beteiligten abgegeben wurden. Die DFS sah sich dazu erst im konkreten Genehmigungs-

verfahren in der Lage. So müssen Investoren zuerst massive und kostenintensive Vorarbeit leisten, bevor die DFS ein Vorhaben am Ende mit Pauschaleinwendungen ablehnt.

Die Region Hannover hat sich vorgenommen, bis zum Jahr 2050 insgesamt 3250 Gigawattstunden jährlich durch Windenergie zu produzieren. Zurzeit sind es ca. 600 Gigawattstunden. Dieses Ziel scheint nun in weite Ferne gerückt, da auch keine Ersatzflächen zur Verfügung stehen. Auch mit alternativer Energie wie Solarkollektoren ist nach dem heutigen Stand der Technik nur ein Bruchteil umsetzbar.

Bereits vorhandene Anlagen haben zwar Bestandsschutz, aber es wäre ebenfalls das „Aus“ für deren Repowering.

Die Flugsicherung hat sich zwar gesprächsbereit er-

klärt, aber voraussichtlich erst in zwei Jahren. Das bedeutet für uns als Region Hannover, dass wir zur Zeit nur abwarten können und hoffen, dass sich die Flugsicherung, vielleicht auch durch Einfluss auf Bundesebene, einsichtig zeigt und es doch noch Hoffnung gibt, zumindest ein Teil der möglichen Anlagen zu errichten.

Da neben dem Verhalten der DFS auch die Entscheidungen zu laufenden Normenkontrollverfahren (Klage einiger Kommunen gegen vorgesehene Standorte) noch ausstehen, sind weitere Hinderungsgründe nicht auszuschließen. Mit dem Urteil ist nicht vor Herbst 2019 zu rechnen.

Ebenfalls ist die Bundesratsinitiative auf Abschaffung der Privilegierung für Windenergieanlagen nicht abschließend entschieden.

Schnelle Umsetzung des Verkehrssicherheitskonzeptes hat Priorität - Ausstattung der Fahrzeuge des Regions-Fuhrparks (ab 3,5 t) mit Abbiege-Assistenz-Systemen

Angesichts von Unfällen mit Radfahrenden durch abbiegende Lastwagen ist es erforderlich, dass die Region Hannover mit gutem Beispiel voran geht und ihren LKW-Fuhrpark schnellstmöglich mit Abbiege-Assistenzsystemen ausstattet bzw. nachrüstet.

Die Erhöhung der Verkehrssicherheit und die Reduzierung von tödlichen Unfällen sind erklärte Ziele des gemeinsamen Koa-

litionsvertrages von SPD und CDU. Leider zeigten die drei folgeschweren Abbiegeunfälle in der Region in den letzten Monaten, dass dieses Thema aktueller denn je ist.

Bei Abbiege-Assistenten handelt es sich um Systeme, die bei Lastern und Bussen den tückischen toten Winkel beim Abbiegen ausgleichen. Gewarnt wird beim Abbiegen vor Radfahrern oder Fußgän-

gern, bei Bedarf wird eine Notbremsung eingeleitet. Die tragischen Unfälle haben uns erneut auf schmerzliche Art und Weise gezeigt, wie wichtig Abbiege-Assistenten für Fahrzeuge einer solchen Größe sind. Wir fordern deshalb, dass dieser Baustein unseres Verkehrssicherheitskonzeptes noch schneller für alle großen Fahrzeuge der Region und deren Töchterunternehmen umgesetzt wird. Falls

dadurch höhere Kosten als die veranschlagten 45.000 € entstehen, nehmen wir dies in Kauf. Ein entsprechender Antrag von uns wurde im letzten Verkehrsausschuss beschlossen.

Darüber hinaus werden wir uns auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass Abbiege-Assistenten für alle große Fahrzeuge zur Pflicht werden.

Was tun für Inklusion?



Petra Rudsuck | Inklusionspolitische Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Hannover

Inklusion ist kein Randgruppenthema! Nahezu 25 Prozent unserer Bevölkerung sind persönlich, im familiären Umfeld oder berufsbedingt davon betroffen. Lediglich fünf Prozent der Behinderten sind von Geburt an eingeschränkt. Für jeden von uns können sich die Lebensumstände

Dieser Beitrag ist am 27. Februar 2019 im RegionsJournal erschienen.

durch Unfall oder Krankheit verändern.

Die SPD-Fraktion hat die Erstellung des Aktionsplans „Inklusive Region Hannover“ initiiert, der bereits 2017 von der Regionsversammlung beschlossen wurde. Er beinhaltet u.a. Maßnahmen aus den Bereichen Arbeit und Beschäftigung, Freizeit, Kultur, Mobilität, Sport und Wohnen. Wir werden die Umsetzung vorantreiben und an der Fortschreibung des Aktionsplanes arbeiten, so dass auch weitere Themenfelder inklusiv gedacht werden.

Begleitend sind wir weiter im Dialog mit den Betroffenen, denn wir haben gelernt: „Nichts über uns ohne uns!“

Die nächsten Sitzungen

Die Sitzungen der Fachausschüsse sowie die Regionsversammlungen finden öffentlich statt und stehen allen kommunalpolitisch Interessierten offen.

Di. 05.03.2019	16:00 Uhr	Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz Neues Regionshaus Raum N 001 Hildesheimer Straße 18 30169 Hannover
Di. 12.03.2019	14:00 Uhr	Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit Neues Regionshaus Raum N 003 Hildesheimer Straße 18 30169 Hannover
Do. 14.03.2019	16:00 Uhr	Ausschuss für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten Neues Regionshaus Raum N 001
Di. 19.03.2019	14:00 Uhr	Verkehrsausschuss Neues Regionshaus Raum N 003
	16:00 Uhr	Ausschuss für Gleichstellung, Frauenförderung und Integration Neues Regionshaus Raum N 001
Do. 21.03.2019	16:00 Uhr	Ausschuss für das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit Neues Regionshaus Raum N 001
Di. 02.04.2019	16:00 Uhr	Jugendhilfeausschuss
Do. 04.04.2019	16:00 Uhr	Ausschuss für Abfallwirtschaft

Weitere Informationen zu Sitzungen, Drucksachen und Abgeordneten finden sich auch im

Infosystem Regionpolitik der Region Hannover auf

<http://regions-sitzungsinfo.hannit.de/bi/allris.net.asp>



Vom Internationalen Frauentag und den kommenden Wahlen

Die Debatte in der letzten Regionsversammlung zum Beitritt der Region Hannover in das Bündnis „Niedersachsen für Europa“ hat gezeigt, wie wichtig die Europawahlen sind und wie wichtig es ist, dafür zu mobilisieren. Viele aktuelle Debatten im März rund um den Internationalen Frauentag befassen sich mit der Teilhabe von Frauen an der Politik und in den Gremien. Beide Themen zusammen werden von den DGB-Frauen aufgegriffen. Mit einem Aufruf zum 8. März werben die Gewerkschafterinnen dafür, wählen zu gehen.

Diesen Appell wollen wir gern weitergeben: *„Wir Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) rufen alle Wahlberechtigten auf, mit ihrer Stimme die demokratischen Kräfte in Europa zu stärken. Die Europäische Union ist eine Gemein-*

schaft für Frieden und Wohlstand. Auch wenn manches verbesserungswürdig ist: Die EU steht für Demokratie und Solidarität, für Vielfalt, für ein partnerschaftliches Miteinander und für eine gemeinsame europäische Identität. Die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört von Anfang an zu den Grundwerten der Europäischen Union. Sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass in den Mitgliedstaaten die Benachteiligung von Frauen abgebaut, ihre Gesundheit geschützt und ihr Recht auf Selbstbestimmung gestärkt wird. Europa ist ein Motor der Gleichstellungspolitik und ein Bollwerk gegen den Antifeminismus der Rechtspopulisten.“

Der gesamte Aufruf findet sich auf:

www.frauen.dgb.de/8-maerz

Impressum

Herausgeberin:
SPD-Regionfraktion Hannover
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover
fon: 0511/616 - 22192
fax: 0511/616 - 22498
eMail: spd@regionsversammlung.de
www.spd-regionsfraktion-hannover.de
Verantwortlich:
Silke Gardlo | Fraktionsvorsitzende